



# ESF-Begleitausschuss in *Name*

## Deutschland im Rahmen des Europäischen Semesters

*A. Strohbach*, Europäische Kommission  
*23. Juni 2011*



*Europäischer Sozialfonds*

# Inhalt der Präsentation



- Europas Reaktion auf die Wirtschafts- und Finanzkrise
- Das Europäische Semester
- Deutschlands nationale Ziele im Rahmen der Europa 2020-Strategie
- Die beschäftigungspolitischen Herausforderungen in Deutschland laut deutschem NRP
- Die beschäftigungspolitischen Herausforderungen in Deutschland laut der Analyse der Kommission
- Länderspezifische Empfehlungen für Deutschland
- Der ESF im Rahmen von Europa 2020



# Systemische Reaktion auf die Wirtschafts- und Finanzkrise

- Legislativpaket bestehend aus sechs Rechtsakten („sixpack“)
- Europäischer Stabilisierungsmechanismus (ESM)
- Pakt für den Euro (auch „Euro-Plus-Pakt“ genannt)
  
- Integrierte Überwachung, um die wichtigsten volkswirtschaftlichen Herausforderungen zu bewältigen und die Fortschritte bei der Verwirklichung der Ziele der **Europa 2020 Strategie** (Nachfolge der Lissabon-Strategie) zu begleiten →

## Europäisches Semester



*Europäischer Sozialfonds*





# Das Europäische Semester –

6-monatiger Zyklus der wirtschafts- und haushaltspolitischen Koordinierung auf europäischer Ebene, gefolgt von einem „nationalen“ Semester

- **Jährlicher Wachstumsbericht inkl. Gemeinsamer Beschäftigungsbericht**, vorgelegt durch die Kommission
- **Frühjahrstagung des Europäischen Rates** – Bilanz zu: makroökonomische Gesamtsituation, Fortschritte auf dem Weg zu den fünf EU-Kernzielen und im Rahmen der Leitinitiativen von Europa2020
- Effektive **Berichterstattung der EU-Mitgliedstaaten** über nationale Reform- sowie Stabilitäts- und Konvergenzprogramme (April)
- **Länderspezifische Empfehlungen** (CSR) als Antwort auf die Länderberichte (Vorschläge von der Kommission im Juni vorgelegt und vom Rat angenommen)
- im beschäftigungspolitischen Bereich „**peer pressure**“ im Hinblick auf die Einhaltung der politischen Empfehlungen



# Europa nach der Krise



- Industrielle Produktion: -20 %, auf das Niveau der 90er
- Arbeitslosigkeit: 23 Mio., 7 Mio. innerhalb der letzten 20 Monate, Jugendarbeitslosigkeit über 21%
- Wachstumspotential durch die Krise halbiert
- Arbeitende Bevölkerung wird 2020 um 2 Mio. geschrumpft sein und die Zahl der über-60-Jährigen wächst doppelt so schnell wie im Jahr 2007
- Produktivitätsniveau ist niedrig im Vergleich zu anderen „global players“





# Europa 2020-Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum

## Europaweite Ziele:

- **Beschäftigung:** 75% Beschäftigungsquote (20-64 Jahre)
- **Forschung und Entwicklung:** 3% des BIP
- **Klima und Energie:** "20/20/20"-Ziele
- **Bildung:** Weniger als 10% Schulabbrecher und mindestens 40% der jüngeren Generation tertiärer Abschluss
- **Soziale Inklusion:** 20 Millionen weniger arme Menschen





# Deutschlands nationale Ziele im Rahmen der Europa 2020-Strategie im Bereich Beschäftigung und Bildung

Ziele	Derzeitige Situation in Deutschland	Europa2020 Ziel im deutschen NRP
<b>Beschäftigung</b>	<b>74,9 %</b>	<b>77 %</b>
<b>“Early school leaving”</b>	<b>11,1 %</b>	<b>&lt;10 %</b>
<b>Tertiäre Abschlüsse</b>	<b>40,8 %</b>	<b>42 %</b>
<b>Armut und soziale Exklusion</b>	<b>16,2 Millionen Personen</b>	<b>330.000 (660.000) weniger, 20% der Langzeitarbeitslosen (inkl. deren Familien)</b>





# Die beschäftigungspolitischen Herausforderungen in Deutschland – laut deutschem NRP (1)

**Volle Nutzung des Arbeitskräftepotenzials sicherstellen, Trend eines dynamischen Beschäftigungswachstums sicherstellen, Partizipation am Arbeitsmarkt weiter steigern**

Prioritäten:

- Erwerbsbeteiligung der Älteren (z.B. Rente mit 67, Begleitmaßn.)
- Erwerbsbeteiligung der Frauen (z.B. Ausbau der Kinderbetreuung, familienbewusste Arbeitszeiten)
- Reduzierung der Langzeitarbeitslosigkeit (z.B. Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente)
- Erwerbsbeteiligung für Menschen mit Migrationshintergrund (z.B. Sprachförderung, Verbesserte Verfahren zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse)





# Die beschäftigungspolitischen Herausforderungen in Deutschland – laut deutschem NRP (2)

**Den Beitrag des Bildungssystems zu Qualifizierung und Beschäftigungsfähigkeit von Arbeitskräften verbessern**

Prioritäten:

- Ausbau frühkindlicher Bildung (Qualifizierung des Personals)
- Bildungschancen für Kinder und Jugendliche in sozialen Risikolagen
- Entwicklung von Bildungsstandards
- Ausbildungspakt
- Hochschulausbau, Exzellenzinitiative, neue Stipendienprogramme



*Europäischer Sozialfonds*

# Die armutspolitischen Herausforderungen in Deutschland – laut deutschem NRP



## Qualitative Ziele und Maßnahmen der Armutsbekämpfung:

- Reduzierung der Langzeitarbeitslosigkeit um 20% (330.000)
- Verbesserung der Bildungschancen und der Chancen auf soziale Teilhabe von Kindern und Jugendlichen in sozialen Risikolagen
- Vermeidung von Altersarmut
- Integration von Migranten in die Gesellschaft und in den Arbeitsmarkt





# Die beschäftigungspolitischen Herausforderungen in Deutschland laut EK – Volle Nutzung des Arbeitskräftepotenzials sicherstellen

Angesichts des demographischen Wandels und des bereits heute existierenden Fachkräftemangels, muss der vollen Nutzung des Arbeitskräftepotenzials Priorität eingeräumt werden

Prioritäten:

- verstärkte Erwerbsbeteiligung von Frauen
  - Abschaffung von Steuerfehlansreizen
  - mehr und bessere Kinder- und Jugendbetreuungsangebote
- Reduzierung der Langzeitarbeitslosigkeit und verbesserte Chancen für Niedrigqualifizierte
  - Senkung der Steuer- und Sozialabgaben auf Löhne
  - Berufliche Weiterbildung
  - bessere Stellenvermittlung
- vermehrte Erwerbsbeteiligung von Migranten
  - erleichterte Anerkennung von ausländischen Abschlüssen
  - Sprachförderung und Weiterbildung





# Die beschäftigungspolitischen Herausforderungen in Deutschland laut EK – Den Beitrag des Bildungssystems zu Qualifizierung und Beschäftigungsfähigkeit von Arbeitskräften verbessern

Zugang und Qualität von Bildung und Weiterbildung verbessern  
Prioritäten:

- Aufbau frühkindlicher Bildung
- Verbesserte Bildungschancen für sozial benachteiligte Kinder
- Individuelle Betreuung von möglichen „Schulabbrechern“
- Verbesserter Übergang von Schule zu Ausbildung
- Mehr tertiäre Abschlüsse, vor allem in arbeitsmarktrelevanten Fächern (wie MST)
- Vermehrtes Angebot von beruflicher Weiterbildung, die zu Abschlüssen führt





# Länderspezifische Empfehlungen für Deutschland im Zuständigkeitsbereich der GD EMPL



- **Beschäftigung und Bildung –**  
Fokus auf Arbeitsmarktbeteiligung:
  - Zugang zu Bildung und Weiterbildung
  - Steuer- und Abgabenlast auf geringe Einkommen
  - Frauenbeschäftigungsquote  
(Kinder- und Jugendbetreuung, „Ehegattensplitting“)
- „EMPFIEHLT, dass Deutschland im Zeitraum 2011-2012 die Erwerbsbeteiligung erhöhen und zu diesem Zweck einen gerechteren Zugang zum allgemeinen und beruflichen Bildungssystem sicherstellen und die hohe Steuer- und Abgabenbelastung für Geringverdiener haushaltsneutral verringern sollte. Es sollte die Zahl der ganztägigen Kinderbetreuungsplätze und Ganztagschulen erhöhen und die steuerlichen Regelungen, die potenzielle Zweitverdiener von der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit abhalten, abschaffen.“





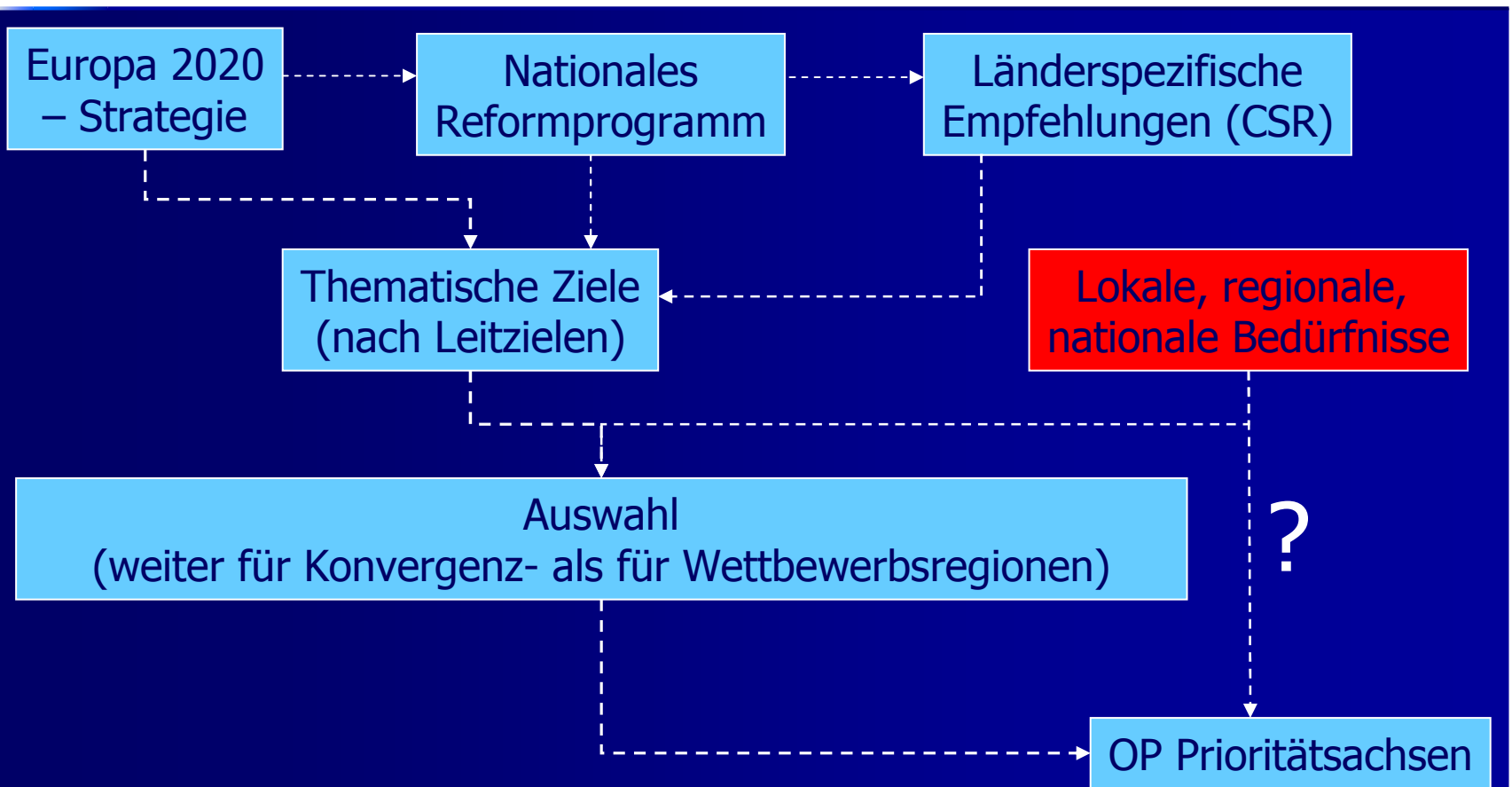
# Was sind die nächsten Schritte?



- Der Europäische Rat billigt die länderspezifischen Empfehlungen (CSR) am 24. Juni 2011
- Zweite Jahreshälfte („nationales Semester“):
  - Die Mitgliedstaaten schließen ihre Haushalte unter Berücksichtigung der länderspezifischen Empfehlungen, des NRP und den Vorgaben des Euro-Plus-Pakts ab und ergreifen entsprechende politische Maßnahmen
- Achtung: CSR sind politisch aber nicht rechtlich bindend, aber unter Art. 121 sind Verwarnungen möglich
- Rechtliche Grundlagen: Art. 121 („economic governance“), Art. 148 (beschäftigungspolitische Leitlinien), Art. 153 (OMK)
- Verstärkte „Economic Governance“ (gegenseitige Kontrolle, Monitoring und „peer pressure“) als Lehre aus der Krise



# Der ESF im Rahmen von Europa 2020



# ESF - Zeitplan

- Laufend: Arbeiten am “impact assessment” und Entwurf der Verordnungen
- 29. Juni 2011: Vorschlag der zukünftigen Finanzperspektiven
- Herbst 2011: Legislative Vorschläge (allg. VO, ESF VO, ERDF VO)
- Ende 2012: Annahme des neuen Legislativpakets und voraussichtliche Einigung über neues Budget post 2013
- 2013: Finalisierung der neuen Programmdokumente (Gemeinsamer Strategischer Rahmen, Partnerschaftsverträge, OPs)
- 2014: Inkrafttreten der Verordnungen

